

# **Beginnen Sie damit, die Ukraine aus Waffenstillstandsgesprächen herauszuhalten**

*von Anatol Lieven*

*Foreign Policy, 16.12.2024*

Allem Anschein nach will sich die kommende Trump-Regierung wirklich für einen Frieden in der Ukraine einsetzen. Ob sie zu der erforderlichen, äußerst komplizierten Diplomatie fähig sein wird, steht auf einem anderen Blatt. Eine Frage sollte gleich zu Beginn des Prozesses geklärt werden: In welcher Phase und zu welchen Themen wird die Ukraine einbezogen? Das Thema ist komplizierter, als gemeinhin angenommen.

Das erste Ziel der Gespräche (wie bei allen derartigen Verhandlungen) wird darin liegen, dass jede Seite ihre vitalen Interessen und ihre nicht verhandelbaren Bedingungen klar definiert. Zugleich muss jede Seite andeuten, in welchen Punkten man kompromissbereit ist. Natürlich kann es sein, dass die nicht verhandelbaren Positionen der Beteiligten grundsätzlich unvereinbar sind. Dann werden die Verhandlungen unweigerlich scheitern. Wissen werden wir das erst, wenn die Fragen ausgelotet sind.

Bei den Beteiligten handelt es sich um die Ukraine, Russland und die Vereinigten Staaten. Die erste Phase der Verhandlungen sollte zwischen den USA und Russland stattfinden. Es versteht sich dennoch von selbst, dass bestimmte Aspekte eines Abkommens die Zustimmung der Ukraine erfordern. Ohne eine solche Zustimmung wird keine Einigung möglich sein. Dazu gehören die Bedingungen eines Waffenstillstands, die Art und der Umfang entmilitarisierter Zonen und etwaige Verfassungsänderungen, die die sprachlichen und kulturellen Rechte der russischsprachigen Ukrainer garantieren. Die US-Verhandlungsführer müssen daher die vitalen ukrainischen Interessen kennen und respektieren.

Die wichtigste Aufgabe des amerikanischen Verhandlungsführers ist dann, herauszufinden, ob die russische Regierung die ukrainischen Bedingungen als verhandelbar ansieht oder nicht. Ob Moskau also bereit ist, Kompromisse einzugehen – sofern die Trump-Regierung ihrerseits Kompromissbereitschaft in anderen Fragen zeigt.

Der erste aus westlicher Sicht nicht verhandelbare Punkt betrifft die rechtliche Anerkennung der von Russland vollzogenen Annexionen. Das gilt auch dann, wenn die Ukraine diese Gebiete auf dem Schlachtfeld nicht zurückerobert und bis auf weiteres mit der Realität des russischen Besitzes leben muss.

Russische Experten haben mir gegenüber angedeutet, dass Moskau in den Gesprächen nicht auf einer rechtlichen Anerkennung bestehen wird – wohl auch deshalb, weil China, Indien und andere russische Partner eine solche Anerkennung ablehnen. Moskau hofft wohl auf eine Situation wie in Zypern. Dort hat kein Land außer der Türkei die Türkische Republik Nordzypern je anerkannt; die Gespräche dazu verlaufen seit 50 Jahren ergebnislos.

Der zweite nicht verhandelbare Punkt ist Putins Forderung, die Ukraine müssen sich aus den vier annektierten Provinzen zurückziehen. Das ist für Kiew absolut inakzeptabel, und dasselbe sollte für Washington und die Europäer gelten. Zwar sollte man die Ukraine weder ermutigen noch unterstützen, sich im hoffnungslosen

Bemühen einer Befreiung der von Russland kontrollierten Gebiete aufzureiben. Ebenso wenig sollte man von der Ukraine verlangen, obendrein zusätzliche Gebiete kampflos aufzugeben. Die ukrainische Regierung wird das gegenüber der Trump-Seite zweifellos deutlich machen.

Andere grundsätzliche Punkte sind nicht von der Ukraine zu entscheiden. Sie sind in erster Linie Sache der Vereinigten Staaten, und es ist die US-Regierung, die sie aushandeln muss. Dabei geht es um die Moskauer Vorschläge in dem Ende 2021, also noch vor dem russischen Einmarsch, gestellten Ultimatum. Sie betreffen künftige, nicht auf die Ukraine bezogene Vereinbarungen der Russen mit den USA und der Nato.

Wesentliche Aspekte der russischen Forderung nach einer Begrenzung der ukrainischen Streitkräfte hängen von den USA ab. Nur Washington kann die Ukraine mit Langstreckenraketen und den zugehörigen Informationen versorgen. Ebenfalls im Ermessen der Vereinigten Staaten beziehungsweise der EU liegt die Frage, welche westlichen Sanktionen man im Rahmen einer Einigung mit Moskau aufheben oder aussetzen wird.

Die Ukraine kann natürlich den Nato- Beitritt beantragen, aber die Entscheidung, ob ein neues Mitglied aufgenommen wird, liegt bei den bestehenden Mitgliedern. Jedes von ihnen hat dabei ein Vetorecht. Es wird an Washington liegen, zu entscheiden, wieviel Einfluss man bei den anderen Mitgliedern geltend machen und wieviel Druck man ausüben will. Das wahrscheinliche Veto Ungarns und der Türkei – vielleicht auch Frankreichs unter einer Marine Le Pen – können die USA jedenfalls nicht ignorieren.

Auch die Frage, welche westlichen Sicherheitsgarantien die Ukraine im Rahmen einer Waffenstillstands- oder Friedenslösung erhält, kann die Ukraine nicht selbst beantworten. Präsident Wolodymyr Selenskyj hat die Entsendung europäischer Nato-Soldaten vorgeschlagen. Berichten zufolge wurde das zwischen dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron und der polnischen Regierung bereits diskutiert.

Nach allem, was ich in Moskau gehört habe, wäre das für Russland ebenso inakzeptabel wie eine ukrainische Nato-Mitgliedschaft. Jede Einigung wäre damit unmöglich. Darüber hinaus würden die europäischen Länder der Entsendung ihrer Truppen nur zustimmen, wenn sie zuvor von Washington eine eiserne Garantie erhielten, dass die USA im Falle eines Angriffs militärisch eingreifen würden. Damit würde die Entscheidung wieder auf Washington abgewälzt – nicht auf Kiew, nicht auf Brüssel, Warschau oder Paris.

Vor allem ist zu beachten, dass die russischen Motive für den Krieg über die Ukraine hinausreichen. Sie betreffen die Sicherheitsordnung im Verhältnis zwischen Russland und dem Westen insgesamt, allen voran den Vereinigten Staaten. Dazu gehören die Forderung nach Rüstungsbegrenzung (wobei die russische Seite ihren Beitrag zu leisten hätte) und nach einer europäischen Sicherheitsarchitektur, in deren Rahmen die vitalen russischen Interessen berücksichtigt und künftige Zusammenstöße vermieden werden.

Es kann sein, dass entweder die Putin- oder die Trump-Regierung (oder beide) sich Kompromissen verweigern und die Gespräche entsprechend scheitern werden. Dies auszutesten wird ein äußerst komplexer und schwieriger Prozess sein, der Geduld und beiderseitiges diplomatisches Geschick erfordert. Es wäre äußerst töricht zu

erwarten, Russland oder die Vereinigten Staaten würden all ihre Karten auf einmal auf den Tisch legen.

Da der Prozess schwierig zu werden droht, könnte die traurige, aber unvermeidliche Wahrheit sein, dass eine Gesprächsteilnahme der Ukraine von Anfang an Fortschritte zu einer Einigung völlig unmöglich macht. Jeder in Aussicht gestellte Kompromiss würde sogleich durchsickern und einen Feuersturm des Protests auslösen – in Europa, in der Ukraine, im US-Kongress, in den US-Medien und vielleicht auch bei russischen Hardlinern.

Die Vereinigten Staaten waren der wesentliche und unersetzliche Unterstützer der Ukraine in diesem Krieg. Nicht nur wegen der geleisteten Hilfe, sondern auch, weil die europäischen Länder ihre Hilfe ohne die Ermutigung und Unterstützung der USA nicht geleistet hätten. Die amerikanischen Bürger waren mit hohen Kosten und erheblichen Risiken konfrontiert, die Interessen der Vereinigten Staaten in hohem Maß gefährdet. Das gibt den US-Bürgern jetzt das Recht, von ihrer Regierung zu erwarten, dass sie bei den Verhandlungen zu einem Ende des Ukrainekriegs die Führung übernimmt. Zumal sie die einzige Regierung ist, die das vermag.